

Für den Landkreis Göppingen in Berlin



SPD

Ausgabe 71 Mai 2019

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

nächste Woche wählen wir Europäerinnen und Europäer unser Parlament. Die Prognosen sind bedenklich: Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien scheinen überall auf dem Vormarsch, rechte Kräfte kooperieren europaweit, um die EU zu demontieren und an unseren demokratischen und freiheitlichen Grundwerten zu sägen.

Wir müssen für die Zukunft Europas kämpfen und natürlich: am 26. Mai wählen gehen! Und wir müssen dafür sensibilisieren, was auf dem Spiel steht und wofür wir als SPD eintreten! Wir wollen ein soziales Europa. Wir wollen ein Europa, in dem überall gute Löhne gezahlt werden, in dem alle Unternehmen Steuern zahlen. Ein Europa, das sich mit sozialer Marktwirtschaft im Welthandel bewährt und den Umwelt- und Klimaschutz vorantreibt. Wir wollen ein Europa, das Menschen nicht ertrinken lässt. Ja, es gibt noch viel zu tun, um dieses Europa zu erreichen. Und es ist sicher kein einfacher Weg. Sich Entscheidungen zu entziehen, zu diffamie-

ren und zu verleumden ist leicht – viel schwieriger ist der stetige Einsatz für Verbesserungen und die Bereitschaft zum Kompromiss. Aber wenn wir weiterhin in Frieden und Wohlstand leben und unsere freiheitlichen Demokratien erhalten wollen, lohnt dieser Einsatz und unser aller Einsetzen für die europäische Idee – nicht nur in den Wahlkabinen, sondern auch in persönlichen Gesprächen oder digitalen Kommentarspalten.

Es gibt schließlich viele hoffnungsvolle Signale: junge Menschen, die für Zukunftsfragen und globale Themen auf die Straße gehen, proeuropäische Initiativen und Bewegungen und der tolle Einsatz vieler Genossinnen und Genossen im Europawahlkampf. Einer, der sich besonders dafür stark macht, kommt zu uns in den Landkreis: Ich freue mich auf Martin Schulz und hoffe, dass viele Lust darauf haben, mit ihm zu diskutieren. Mehr Informationen dazu auf Seite 6.

Ihre/Eure



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb



Fachkräfte braucht das Land

Die Pflege ist nur eines der prominenten Beispiele dafür, dass Fachkräfte in Deutschland händeringend gesucht werden. Viele kleine und mittelständische Betriebe in unterschiedlichen Branchen, die ich bei uns im Landkreis besuche, klagen darüber, dass sie nicht genug Nachwuchs finden und offene Stellen häufig nicht besetzen können. Wir wollen die duale Berufsausbildung im Land stärken und setzen auch weiterhin auf die Gewinnung von Fachkräften aus der Europäischen Union. Um aber auch Fachkräfte aus dem nicht-europäischen Ausland gewinnen zu können, brauchen wir klare und verlässliche Regeln. 20 Jahre haben wir uns als SPD dafür eingesetzt, jetzt kommt es endlich: ein modernes Einwanderungsgesetz, mit dem wir die Einwanderung von Fachkräften nach dem Bedarf unserer Wirtschaft regeln und Menschen, die bei uns arbeiten wollen, Klarheit verschaffen.

Mit dem Gesetzentwurf wird ein einheitlicher Fachkräftebegriff definiert, der nicht nur Fachkräfte mit akademischer Bildung umfasst, sondern auch solche mit einer Berufsausbildung. Anders als bisher dürfen Fachkräfte mit beruflicher Qualifikation nicht mehr nur in bestimmten Berufen mit Engpässen sondern in allen Berufen, zu denen sie ihre Qualifikation befähigt, arbeiten. Zudem wird die Vorrangprüfung für Fachkräfte

abgeschafft, weil sie sich als großes Hemmnis erwiesen hat. So musste bisher vor jeder einzelnen Einstellung einer Fachkraft aus einem Drittstaat festgestellt werden, ob ein inländischer Bewerber oder Bewerberin zur Verfügung steht. Gerade Handwerksbetriebe kritisieren diese Bürokratiehürde.

Fachkräfte mit Berufsausbildung sollen nun bis zu sechs Monate zur Arbeitsplatz- oder Ausbildungsplatzsuche nach Deutschland kommen. Dies geht allerdings nur, wenn in dieser Zeit eine Sicherung des Lebensunterhalts aus eigener Kraft erfolgt. Wer eine durchgängige Beschäftigung findet, soll in Zukunft schneller einen unbefristeten Aufenthalt in unserem Land erhalten.

Mehrere Unternehmen vor Ort haben mir noch ein weiteres Problem geschildert: Bereits gut integrierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit unsicherem Aufenthaltsstatus (sogenannte Geduldete) sind stark belastet durch ihre ungewisse Zukunft oder werden durch eine Abschiebung aus dem Job oder der laufenden Ausbildung gerissen. Das kann in niemandes Sinne sein. Parallel zum Einwanderungsgesetz werden wir deshalb mit einem Duldungsgesetz dafür sorgen, gut integrierten Geduldeten Perspektiven zu schaffen.



Unsere Sozialpolitik stärkt die Wirtschaft

Sorgenvolle Stimmen, mahnende Worte in den Kommentarspalten deutscher Zeitungen. Was ist passiert? Schrumpft die Wirtschaft, kommt eine Rezession? Eine übertriebene Debatte. Auslöser: Die Steuereinnahmen in Deutschland wachsen weniger stark als im letzten Jahr. Ein völlig normaler Vorgang nach Jahren guter Konjunktur. Ja, das hat zur Folge, dass die mittelfristige Finanzplanung angepasst und dass an manchen Stellen neue Prioritäten gesetzt werden müssen. Das gehört zum Regieren dazu.

Die Forderungen nach einer Kürzung der Sozialausgaben, die aus Teilen der Opposition und Union ertönen, waren zwar zu erwarten, sind aber dennoch grundfalsch. Als SPD haben wir in den letzten Monaten viel erreicht: Arbeitgeber zahlen wieder gleichviel zum Krankenkassenbeitrag dazu und entlasten damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das Kindergeld wurde erhöht, die sogenannte kalte Progression abgemildert. Diese und andere Maßnahmen führen dazu, dass

Bürgerinnen und Bürger mehr Geld in der Tasche haben.

Außerdem haben wir für staatliche Investitionen gesorgt, wie z.B. mit dem Digitalpakt Schule. Diese Investitionen und die Entlastung der Menschen sorgen laut der Gemeinschaftsdiagnose mehrerer Wirtschaftsforschungsinstitute für 0,5 Prozent Wirtschaftswachstum. Das entspricht dem prognostizierten Wirtschaftswachstum für 2019. Dieses Wachstum wurde also geschaffen durch unsere Sozialpolitik!

Deshalb werden wir auch weiter den wirtschaftlichen Aufschwung stützen, indem wir das verfügbare Einkommen von Privathaushalten erhöhen – z.B. durch das Starke-Familien-Gesetz und das Gute-Kita-Gesetz. Ein höheres Haushaltseinkommen führt zu einer höheren Binnennachfrage. Steuerergeschenke für Spitzenverdiener, wie die Union sie fordert, kurbeln hingegen nicht die Wirtschaft an, sondern führen nur zu mehr Ungleichheit.

70 Jahre starke Demokratie

Seit 70 Jahren ist das Grundgesetz Garantie und Basis für unser freies Zusammenleben. Andrea Nahles hat in der Debatte dazu die „Schönheit und Klarheit“ der Wortwahl der Mütter und Väter gewürdigt, die sich beispielhaft zeige am Artikel 3: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“. Die Klarheit der Sprache ist wichtig: Jeder Mensch soll seine Rechte verstehen, um sie einfordern, mit Leben füllen, verteidigen zu können. Nie wieder sollte eine Diktatur möglich sein.

Das Grundgesetz ist für uns der „zivilisatorische Kompass“ auch in den Herausforderungen der heutigen Zeit. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte, dass die Demokratie nie selbstverständlich ist. Rituale erhalten sie nicht. Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten, die das Grundgesetz und den Frieden in Europa immer wieder verteidigen. Das bleibt unser Auftrag – auch nach 70 Jahren.

Der Weg eines Gesetzes von Anfang bis Ende

Praktikumsbericht von Benjamin Böhm

„Dass die Psychotherapie in Deutschland einer Reform bedarf, ist seit Jahren bekannt. Es gibt zu wenig Therapeutinnen und Therapeuten. Zum Wintersemester 2020/21 soll daher ein neuer Studiengang für Psychotherapie eingeführt werden. Die Entstehung des Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz konnte ich während meines vierwöchigen Praktikums im Bundestag hautnah miterleben — für mich angehenden Psychologiestudent das perfekte Thema.

Der Gesetzesentwurf wurde erst im Bundesrat besprochen, bevor er Anfang Mai mit einer Stellungnahme an den Bundestag weitergegeben wurde. Nun wurde es spannend für mich. Zuerst diskutierten die fraktionsinternen Arbeitsgruppen das Thema. Als stellvertretende Sprecherin der AG Gesundheit nahm Heike Baehrens mich mit in die Sitzung und ich konnte hören, was Dirk Heidenblut und Karl Lauterbach in ihren Reden zum Gesetzesentwurf sagen wollten. Am 9. Mai war es dann soweit: die erste Lesung im Plenum. Ich durfte gespannt zuhören, was die anderen Fraktionen zu sagen hatten und ob sie eventuell Änderungsanträge vorbrachten. In diesem Fall waren sich alle Fraktionen einig, dass der Gesetzesentwurf sinnvoll ist. Es gab Vorschläge, die auf die Verbesserung der Situation der jetzigen Psychotherapeuten in Ausbildung abzielte. Aber auch einzelne Begriffe wurden genauestens auf den Prüfstand gestellt, was für mich ganz neu war. Drei Tage vor Ende meines Praktikums konnte ich die öffentliche Anhörung zu diesem Gesetz besuchen. Öffentliche Anhörungen dienen dazu, wissenschaftliche Sachkunde und Kenntnisse über Probleme in die Beratungen einzuführen. Sie erfüllen aber auch den Zweck, die Medien auf das betreffende Gesetzesvorhaben aufmerksam zu machen.



Die Meinungen von Psychologen und Psychologiestudenten erreichten uns während des gesamten Prozesses im Abgeordnetenbüro. Immer wieder beantworteten wir Mails von Studierenden, die sich fragten, ob ihr schon begonnenes Studium überflüssig werden würde. Der Weg in die klinische Psychologie kommt im Gesetzesentwurf beispielsweise noch zu wenig zur Geltung. Durch die Sitzungen wusste ich aber, was an dem Entwurf noch bearbeitet werden wird und war deswegen weniger unzufrieden, als einige der Studenten. Karl Lauterbach sagte in der ersten Lesung, er habe seit zehn Jahren keinen so gut entwickelten Gesetzesentwurf im Bundestag bearbeitet, nichtsdestotrotz gäbe es noch sehr viel Verbesserungsbedarf. Für mich war klar: Kein Gesetzesentwurf ist perfekt! Darum wird auch jede konstruktive Stimme wahrgenommen und in die parlamentarische Debatte eingebracht.

Heikes Themenbereiche Gesundheit und Pflege waren für mich sehr aufregend. Viele Probleme, mit denen sie sich beschäftigt, stimmten mit meinen Erfahrungen aus meinem Krankenhauspraktikum überein. So konnte ich viel über unser Gesundheitssystem lernen. Beeindruckend war das Engagement, mit dem Heike und ihr ganzes Büro für die Verbesserung der Verhältnisse in der Pflege und in unseren Krankenhäusern arbeiten. Mit wie viel Leidenschaft hier für die Sache gekämpft wird! Politik so hautnah mitzuerleben ist schon etwas ganz besonderes. Das Praktikum hat mir geholfen, politische Strukturen und fraktionsinternes Arbeiten zu verstehen, etwas über die Geschichte Deutschlands zu lernen und mitzuerleben, wie Zukunft gestaltet wird. Vielen Dank für die erfahrungsreiche und spannende Zeit.“

Unterwegs im Landkreis

Unsere Familienministerin Franziska Giffey war zu Besuch beim Göppinger Bündnis für Familie. Es ist eines von 600 Lokalen Bündnissen für Familie in Deutschland, die das Bundesfamilienministerium seit 15 Jahren unterstützt. Es organisiert mit 100 Ehrenamtlichen konkrete Hilfe für Familien und ihre Kinder. Klasse!



Starkes Bündnis

Echte Inklusion



#MissionInklusion – Die Zukunft beginnt mit Dir! Unter diesem Motto haben wir den Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung auf dem Marktplatz gefeiert. Daran wirken im Kreis Göppingen viele mit im „Netzwerk Alle Dabei“ – einfach schön.

In diesem Jahr meinte es das Wetter endlich mal wieder gut mit uns. Auf dem sonnigen Schillerplatz in Göppingen bei der Maikundgebung war unsere Kreis-SPD wie jedes Jahr stark vertreten. Gemeinsam mit den Gewerkschaften setzen wir uns für ein sozialeres Europa ein.



Wichtiger Kampf

Mit der Sportlerlegende Günther Mäußnest in Albershausen beim internationalen Highlight der Sportakrobatik, dem AcroCup. Mannschaften aus 11 Nationen und 25 deutsche Vereine nahmen teil. Bei den Sportakrobaten muss sich einer auf den andern verlassen können und starke Schultern tragen die mit den schmalen Schultern — ein gutes Vorbild für unsere Gesellschaft.



Termine — Samstag, 18. Mai bis Freitag, 7. Juni 2019

Samstag, 18. Mai 11:30 Uhr

Wiedereröffnung der Jugendherberge Hohenstaufen
Göppingen-Hohenstaufen

Montag, 20. Mai

Landkreisbesuch des Botschafters der Republik Korea

Dr. Bum Goo Jong

Firmenbesuch EWS Uhingen

17:00 Uhr

Öffentliche Veranstaltung

„Chancen der deutsch-koreanischen Beziehungen“
an der HfWU Geislingen

Dienstag, 21. Mai

15:00 Uhr

Gespräch mit Dr. med. Frank Genske,
Vorsitzender der Kreisärzteschaft Göppingen

19:00 Uhr

Europa in den Kommunen mit Martin Schulz
Rätsche, Geislingen an der Steige

Mittwoch, 22. Mai

10:00 Uhr

„Pflege (er)leben – Berufe nah am Menschen“

Ausbildungsmesse der Agentur für Arbeit

Uditorium

16:00 Uhr

Bürgersprechstunde

Bürgerbüro

Freitag, 24. bis Samstag, 25. Mai

Sozialkammersitzung

Evangelische Kirche Deutschlands (EKD)

Hannover

Sonntag, 26. Mai bis Samstag, 01. Juni

Delegationsreise nach Südkorea mit der
Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe

Montag, 03. bis Freitag, 07. Juni

Sitzungswoche in Berlin

Bürgerbüro



Roth Carreé Schillerplatz 10
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74



www.heike-baehrens.de
heike.baehrens.wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159



www.facebook.com/baehrensmdb